

figen, nicht aber die Grundlage des Systems aufzuheben. Vor allem hat unser System einen Widersacher in den Verwaltungsbehörden auf dem Lande. Der Verwaltungsapparat setzt sich hier meist aus Personen zusammen, die in der Regel aus ihrem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb nur widerwillig den geforderten Teil des Ernteertrags abgeben. Man begegnet in diesen Kreisen einer durchaus engherzigen Auffassung, die alle Maßnahmen ausschließlich von dem Gesichtspunkt beurteilt, ob nicht der Landwirt besser führe, wenn ihm das freie Verfügungsrecht über seine Erzeugnisse belassen würde. Daß das unter dem Zwange des Krieges nicht möglich ist, daß das Interesse des einzelnen zurücktreten muß, damit nicht die Gesamtheit schweren Schaden leidet, sehen nur wenige ein. Die Verwaltungsbeamten sind sogar nicht selten Wortführer des Bundes der Landwirte. Wie kann da eine solche Erfassung der Bestände stattfinden, die unser Volk für die Ernährung braucht! Wir kränken daran, daß vor allem in Preußen der Verwaltungsapparat völlig konservativ-agrarisch gerichtet ist, während heute durchaus ein Stück Gemeinwirtschaft nötig ist. Beides läßt sich nicht vereinen.

Wir können nicht darauf verzichten, immer wieder die lückenlose Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel zu verlangen; auch im neuen Wirtschaftsjahr darf davon nicht abgewichen werden. Wird dieses System streng durchgeführt, dann wird, selbst bei vermindertem Ernteertrag und dem Mangel an ausländischen Zufuhren, die Versorgung für die Gesamtbevölkerung gebessert werden können; nie aber werden wir es erreichen, daß heute unter dem System des wilden Konkurrenzkampfes der wirtschaftlich Schwache das zum Leben Notwendige erlangt. Er würde rücksichtslos beiseitegedrängt werden, weil dann nur die Größe des Geldbeutels entscheidend wäre. Gegen das System des freien Raubes und Wuchers müssen wir uns deshalb im Interesse der unbemittelten, nockleidenden Volksschichten mit aller Kraft wehren.

Kriegervereine und Sozialdemokraten.

Von Georg Schöpflin.

Der Aufsatz in Nr. 15 der Neuen Zeit vom 12. Juli dieses Jahres über »Kriegervereine und Sozialdemokraten« hat sowohl der »Germania« wie dem geschäftsführenden Vorsitzenden des Deutschen Kriegerbundes, Herrn Geheimrat Westphal, Veranlassung zu Entgegnungen gegeben. Die »Germania« kräftet sich damit, daß die in dem Artikel vertretene Auffassung lediglich meine persönliche sei — was durchaus richtig ist —, aber, so meint sie, die Partei werde nicht daran vorbeikommen, zu dem Frontwechsel des Kyffhäuserbundes Stellung zu nehmen, zu der sich das Zentrumblatt im voraus wie folgt äußert:

Sollte diese etwa im Sinne Schöpfkins und der ihm nahestehenden Parteiblätter ausfallen, so dürfte das im Sinne der nationalen Arbeitgemeinschaft nur zu bedauern sein. Es würde damit erwiesen sein, wie sehr der Sozialdemokratie nach wie vor daran gelegen ist, ihre Anhänger um jeden Preis im Parteipferd zusammenzuhalten.

Dieser Äußerung der »Germania« stimmt Herr Westphal ausdrücklich im (roten) »Tag« zu, wo er mir unter anderem folgendes antwortet:

Ich nehme für die Kriegervereinsorganisation in Anspruch, daß diese offen und ehrlich abgegebene Erklärung auch so aufgefaßt wird, wie sie gemeint ist. Ich verüble es Herrn Schöppflin nicht, wenn er seine Zweifel hat; er möge sich von der Zukunft belehren lassen. Die Kriegervereinsorganisation ist in der Vergangenheit stets vollkommen unabhängig gewesen, und sie wird es auf veränderter Grundlage auch künftig sein; sie steht weder mit dem industriellen Unternehmertum, noch mit dem Bund der Landwirte, noch mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie oder mit der Vaterlandspartei oder dem Volksbund oder dem Flottenverein oder Wehrverein in Verbindung. Die Kriegervereinsorganisation ist politisch und wirtschaftlich völlig neutral; sie mischt sich weder in politische noch in Arbeiterkämpfe. Hieran ändert es auch nichts, wenn von den mehr als 30 000 Kriegervereinen gelegentlich einmal ein von einem Heißsporn geleiteter Verein aus der Linie ausbricht; selbst die straff geleitete Sozialdemokratie hat nicht alle ihre Anhänger stets am Zügel. Die Kriegervereinsorganisation hat nur zwei Leitsterne, Pflege des reinen, über den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen stehenden Vaterlandsgedankens und Pflege der Kameradschaft durch Ausgestaltung einer großzügigen Unterstützungstätigkeit und der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und bedürftige Kriegsteilnehmer....

Indes ich werde Herrn Schöppflin nicht überzeugen, ebensowenig wie er mich. Die Zukunft wird lehren, wer recht hat. Ich möchte nicht mit einem hier sehr passenden französischen Sprichwort schließen; ich werde es aber in Übersetzung wiedergeben: »Wer leben wird, wird sehen!«

Besonders bemerkenswert ist die Auslassung des führenden Zentrumsblatts, das eine Schädigung der sogenannten »nationalen Arbeitsgemeinschaft« befürchtet, falls die Partei gegen die Kriegervereine eine Stellung einnehmen würde, wie ich sie hier vertreten habe. Auch ich halte eine Stellungnahme der Partei zu dem Beschluß des Kyffhäuserbundes für angebracht; ob, wann und wie aber die Partei das tun will und wird, ist Sache der dazu berufenen Instanzen. Aber einmal angenommen, die Partei würde eine scharfe Kampfesstellung gegen die Kriegervereine für angebracht halten und den Anhängern der Sozialdemokratie dringend empfehlen, trotz aller schönen Neutralitätsversicherungen des Kyffhäuserbundes den Kriegervereinen nicht beizutreten — was in aller Welt hätte ein solcher Beschluß mit der sogenannten »nationalen Arbeitsgemeinschaft« zu tun? Sie ist doch nur ein sehr loses Gebilde, geschaffen zur Durchführung bestimmter parlamentarischer Aktionen und politischer Forderungen, für die gegenwärtig im Reichstag eine Mehrheit besteht. Nur auf dieser Grundlage ist dies Gebilde möglich gewesen, und es müßte sofort zerfallen, wenn man ihm Aufgaben oder Verpflichtungen auch außerhalb der rein parlamentarischen Aktion zuweisen wollte. Dafür würden sich die deutschen Arbeiter vermutlich recht energisch bedanken, wenn die sogenannte »nationale Arbeitsgemeinschaft« dazu gebraucht oder mißbraucht werden sollte und könnte, der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe gegen bestimmte Organisationen Fesseln oder hemmende Verpflichtungen aufzuerlegen gegen Organisationen, die ihrem Wesen nach Gegner des proletarischen Klassenkampfes sein müssen. Sowenig es der Sozialdemokratie einfallen kann, den Anhängern des Zentrums zuzumuten, sie sollten in Rücksicht auf die »nationale Arbeitsgemeinschaft« den Kriegervereinen fernbleiben, weil ihre fernere Mitwirkung dort im Sinne dieser sogenannten Arbeitsgemeinschaft zu bedauern sei, so wenig hat das Zentrum auch nur einen Schein von Recht zu solchen Äußerungen wie die in der »Germania«. Daß sich in der deutschen Sozialdemokratie

irgendeine nennenswerte Anzahl von Parteimitgliedern finden könnte, die auf solche Zumutungen einzugehen bereit wären, halte ich für ausgeschlossen.

Noch während der Kriegsdauer, erst recht aber nach der Beendigung des Krieges steht die Arbeiterschaft vor ungemein erbitterten und großen Kämpfen; sowohl auf dem innerpolitischen wie auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Um diese Kämpfe gegen die erfarkende Reaktion, gegen das übermächtig gewordene und mit unverhüllter Rücksichtslosigkeit auftretende Kapital mit Erfolg führen zu können, muß allerdings der Sozialdemokratie »nach wie vor daran gelegen« sein, ihre Anhänger zusammenzuhalten. Den Ausdruck »Parteipferd« schenke ich dabei dem Zentrumsblatt; er paßt nicht auf uns, eher auf Vereinigungen, die gern und oft das Gleichnis von den Schäflein und ihren Hirten anwenden. In diesem Kampfe wird das offizielle Zentrum unser Gegner, die Kriegervereine die Helfershelfer unserer Gegner sein, wie sie es auch vordem waren.

Mag Herr Geheimrat Westphal noch so eifrig versichern, der Kyffhäuserbund menge sich nicht in die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe seiner Mitglieder, er übe »Neutralität«; die Verhältnisse sind viel stärker als selbst das Wollen der gewiß einflußreichen Kriegervereinskommandeure. Und meine Zweifel an dem wirklich neutralen Wollen nimmt mir in liebenswürdiger Weise Herr Geheimrat Westphal nicht übel. Man sehe sich einmal die Namen der Präsidiumsmitglieder des Bundes, die der provincialen Vorstände an; man halte Umschau, wer an der Spitze der lokalen Vereine steht, und wird dann ein äußerst lehrreiches Gemisch von ehemaligen Berufsoffizieren, höheren Staatsbeamten, von Intellektuellen, die in den reaktionären Parteien eine Rolle spielen, von Rittergutsbesitzern und Fabrikanten finden, die alle viel zu sehr kapitalistisch und politisch-reaktionär orientiert sind, als daß sie in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen neutral sein könnten.

Die hübsch und sorgsam ausgefüllten »neutralen« Bundesbestimmungen sind angesichts dieser Tatsachen doch nur ein brauchbares Werbemittel zur Kriegsführung gegen die — Sozialdemokratie. Außerdem halte ich die Führer der Kriegervereine weder für solche Jämmerlinge noch für solche Heuchler, als daß sie außerhalb des Kriegerbundes geschworene Gegner der Sozialdemokratie, natürliche Gegner der wirtschaftlichen Forderungen und Bestrebungen der Arbeiterbewegung, und abends im Kriegerverein treuherzig »neutral« dem »Kameraden« Proletarier begegnen könnten, falls er als Sozialdemokrat und Arbeiter energisch die Interessen seiner Klassengenossen vertritt. Der Kyffhäuserbund hofft, mit seinem Beschluß aus dem Kriege heimkehrende Sozialdemokraten gefangenzunehmen, um sie für die Interessen der Gegner der Arbeiterklasse nutzbar zu machen. Die Kriegervereine werden bleiben, was sie bisher waren: Stützen und Helfer der Kreise, die an der Aufrechterhaltung einer auf Ausbeutung, Unterdrückung und Bevormundung beruhenden Gesellschaftsordnung lebhaft interessiert sind. Herr Westphal meint: »Wer leben wird, wird sehen!« Nun, wir werden nicht lange zu leben brauchen, um abermals die wahre Natur und den wirklichen Zweck der deutschen Kriegervereine zu sehen. Die deutschen Arbeiter haben, wenn sie nicht selbstmörderisch gegen sich handeln wollen, anderes zu tun, als in den Kriegervereinen nationalistische Verstiegenheiten anzuhören oder bei

allerlei Gelegenheiten militärischen Firtlesanz im zivilen Bürgerrock mitzumachen. Trotz Kyffhäuserbeschlüssen und »nationaler Arbeitsgemeinschaft« wird sicherlich die sozialdemokratische Arbeiterschaft den Kriegervereinen eine Absage erteilen.

Gesellschafts- und Staatsordnung.

Ein kurzes Kapitel einer marxistischen Gesellschaftslehre.

Von Heinrich Cunow.

II.

3. Gesellschaftliche und staatliche Rechtsordnung.

Die Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Staat bestimmt auch die Marxsche Auffassung der Rechtsordnung. Sind Gesellschaft und Staat verschiedenartige Gebilde, dann kann auch die Gesellschaftsordnung nicht identisch mit der Staatsordnung sein. Wie die Gesellschaft früher da ist als der Staat, so ist auch die Gesellschaftsordnung früher da als die Staatsordnung. In jeder Gesellschaft setzt sich als Folge des wirtschaftlichen Lebensprozesses eine gewisse losere oder festere Regelung der sozialen Wechselbeziehungen durch, ohne die der Wirtschaftsprozess, das gegenseitige Zusammenwirken, gar nicht vor sich zu gehen vermag. Diese Regelung nebst den sich aus ihr ergebenden weiteren abgeleiteten Regeln des allgemeinen gesellschaftlichen Verkehrs, auch soweit er sich über die Staatsgrenzen hinaus erstreckt, bildet die Gesellschaftsordnung. Die Staatsordnung besteht dagegen in den vom Staat zur Nachachtung für seine Mitglieder erlassenen, ihr gegenseitiges Verhalten zueinander (teilweise auch zu Mitgliedern fremder Staaten) regelnden, unter Zwang gestellten staatsbürgerlichen Gesetzen und Verordnungen. Einige Beispiele mögen diese Unterscheidung näher veranschaulichen.

Schon auf den niedrigsten Stufen der Wirtschaftstätigkeit ergibt sich aus dieser notwendig eine gewisse Regelung. Nehmen wir eine kleine australische Wanderhorde und ihre Jagdtätigkeit, die ihr neben dem Einsammeln von wildwachsenden Beeren und Früchten, Insekten, Würmern, Honig usw. im Innern des Kontinents den Hauptteil ihrer Nahrung liefert. Da die eigentlichen Australier — abgesehen von einigen Gegenden an der Nordküste, wo die Melanesier ihn eingeführt haben — keinen Pfeilbogen und kein Blasrohr besitzen, sondern nur Keulen, Speere und Bumerangs, so besteht die Jagd meist im Umschleichen und Umstellen der Tiere und deren Tötung durch Speerwürfe und Keulenschläge. Dazu sind jedoch mehrere Männer erforderlich, und tatsächlich wird die Jagd denn auch gewöhnlich von mehreren gemeinsam betrieben. Daraus ergibt sich sofort die Frage: Wem gehört die Beute? Allen gleichmäßig? Aber ein Känguruh hat nur einen Balg. Nur einer kann also den Kopf, nur einer den Schwanz, nur zwei je eine Hinterkeule erhalten. Es muß also geteilt werden. In welcher Weise? Noch neuerdings folgt der Beuteerlegung manchmal ein Streit um den Anteil an der Beute. Durchweg haben sich aber bestimmte Verteilungsregeln durchgesetzt. Wer zuerst das Känguruh erblickt und die anderen aufmerksam gemacht hat, erhält dieses Stück, wer es mit seinem Speer verwundet und an der Flucht verhindert hat, jenes Stück, wer es mit Keule oder Speer getötet hat, irgendein drittes Stück usw.